

Sitzungsniederschrift

28. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 03.03.2015	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:28 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Jeromin-Oldewurtel
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Erich	SPD	Vertretung für Herrn Bernd Hasbach
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Antje Harms
Siebels, Wiard	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Hanekamp, Nicole		
Müller-Gummels, Rainer		
Saathoff, Irene		
Weber, Harm-Uwe		

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Harms, Antje	SPD
Hasbach, Bernd	SPD
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 18.02.2015
5. Anträge zum Haushalt 2015
6. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: VIII/2015/034
7. Anfragen
8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1** **Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.01 Uhr die 28. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Presse und die Vertreter der Verwaltung.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Röben nahm für die Abgeordnete Harms, Abgeordneter Harms nahm für den Abgeordneten Hasbach und Abgeordnete Altmann nahm für die Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 18.02.2015

Die Niederschrift über die 27. Sitzung des Finanzausschusses vom 18.02.2015 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Anträge zum Haushalt 2015

Frau Saathoff informierte, dass die Anlagen 1 – 16 heute erneut an alle Mitglieder verteilt worden seien, weil sich das Zahlenwerk in einigen Bereichen geändert habe.

Zum Haushaltsplan 2015 würden zurzeit ein Antrag der GFA/FDP-Gruppe zur Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung an die derzeitige Entwicklung (Anlage 17) und ein Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Etats zur Finanzierung von Stipendien für Medizinstudenten (Anlage 18) vorliegen.

Frau Saathoff führte zur Anlage 15 (Entwicklung FAG und Kreisumlage 2013-2018) aus. Gemäß den Orientierungsdaten würden sich die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen um 4 % nach oben verändern. Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen sei somit entsprechend angepasst worden.

Sie gehe davon aus, dass der Haushaltsansatz 2015 für die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 39 Mio. € realistisch sei.

Bei dem Haushaltsansatz für die Kreisumlage sei eine 1 %-ige Steigerung eingeplant worden.

Die Dividende aus der Energieversorgung der EWE sei auf 1.710.000 € angepasst worden.

Der Haushaltsansatz für die Verlustausgleiche der UEK seien für das Haushaltsjahr 2016 auf 10 Mio. €, für 2017 auf 9 Mio. € und für 2018 auf 8 Mio. € geändert worden.

Der Verlust der UEK für das Haushaltsjahr 2014 betrage voraussichtlich rd. 10 Mio. €. Zur Sicherstellung der Liquidität der UEK sei im Haushaltsjahr 2015 ein Verlustausgleich in Höhe von mind. 7 Mio. € erforderlich. Bei dieser Planung bleibe das Eigenkapital der UEK bei 0 €.

Zu bedenken sei, dass sich der größte Teil des Vermögens in der UEK Vermögensverwaltung befinde.

Landrat Weber teilte ebenfalls mit, dass in diesem Jahr mindestens 7 Mio. € Verlustausgleich an die UEK zu zahlen seien. Zu berücksichtigen sei, dass sich der Haushalt des Landkreises Aurich in diesem Jahr im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich schlechter darstelle. Er gehe aber davon aus, dass der Haushalt im nächsten Jahr etwas besser aussehe. Die voraussichtlichen Fehlbedarfe der UEK für die Folgejahre seien in der letzten Woche von Herrn Wenning (Fa. Bredehorst) einschließlich Erläuterungen eingereicht worden.

Abgeordnete Griesel erkundigte sich, welche Folgen die Zahlung des Verlustausgleiches in Höhe von 7 Mio. € für die Liquidität der UEK habe.

Frau Saathoff antwortete, dass sich die Liquidität der UEK bei Zahlung um 7 Mio. € verbessere und die UEK somit in der Lage sei, einen Teil der Liquiditätskredite an den Landkreis Aurich zurückzuzahlen.

Abgeordnete Griesel stellte klar, dass die Liquidität der UEK verschlechtert werde, wenn in diesem Jahr statt 10 Mio. € nur 7 Mio. € Verlustausgleich durch den Landkreis Aurich gezahlt würden. Zu berücksichtigen sei, dass die Höchstgrenze für die Aufnahme von Liquiditätskrediten für die UEK dadurch schnell erreicht sei.

Frau Saathoff sagte, dass die Liquidität des Landkreises Aurich bei einer Zahlung von nur 7 Mio. € positiver sei. Falls die Experimentierklausel angewandt werde, seien die Kredite der UEK gGmbH in der Ermächtigung des Landkreises enthalten.

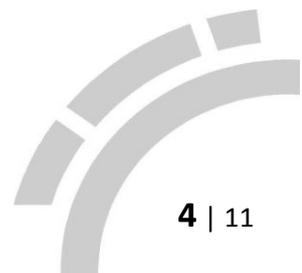
Landrat Weber erläuterte, dass sich sicherlich alle Beteiligten darüber im Klaren seien, dass der Landkreis Aurich für den Verlustausgleich der UEK eintreten müsse. Es sei offenkundig, dass voraussichtlich ein Verlust in Höhe von rd. 10,1 oder 10,2 Mio. € für das Haushaltsjahr 2014 entstanden sei. Der endgültige Jahresabschluss stehe noch aus. Es sei zu klären, ob in diesem Jahr ein vollständiger oder nur teilweiser Verlustausgleich erfolgen solle.

Abgeordneter Dirksen teilte für die CDU-Fraktion mit, dass sie sich aus Gründen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit dafür aussprechen würden, im Haushaltsplan 2015 eine Verlustabdeckung in Höhe von 10 Mio. € einzuplanen.

Abgeordneter Strömer stimmte den Ausführungen des Abgeordneten Dirksen zu und sprach sich ebenfalls für eine vollständige Verlustabdeckung im Haushaltsplan 2015 aus.

Abgeordnete Altmann fragte nach, warum die Verlustabdeckung in 7 Mio. € und 3 Mio. € gesplittet werde. Ihrer Auffassung nach, würden die Prinzipien der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit nicht eingehalten werden.

Frau Saathoff führte aus, dass die teilweise Verlustabdeckung vorgenommen werde, weil der Haushaltsplan 2015 insgesamt sehr schlecht aussehe. Hierdurch werde verhindert, dass der Fehlbedarf 2015 im Ergebnishaushalt noch größer ausfalle. Die Verpflichtung des Landkreises Aurich bestehe darin, eine Insolvenz der UEK zu vermeiden. Eine darüber hinausgehende Verpflichtung bestehe nicht.



Abgeordneter Siebels meinte, dass es sich in weiten Teilen nur um eine theoretische Diskussion handele, der Verlustausgleich sei vorzunehmen. Es sei die Frage zu klären, welche Auswirkungen eine vollständige Verlustabdeckung im Haushaltsjahr 2015 auf die Genehmigung des Haushaltsplanes durch das Nds. Innenministerium habe. Wenn keine Auswirkungen zu erwarten seien, spreche aus seiner Sicht nichts dagegen, im Haushaltsplan 2015 eine vollständige Verlustabdeckung für 2014 vorzunehmen.

Frau Saathoff gab zu bedenken, dass davon auszugehen sei, dass die Auflagen der Kommunalaufsichtsbehörde bei einem höheren Fehlbedarf noch umfangreicher seien.

Abgeordnete Altmann sagte, dass es sich bei der Einplanung von nur 7 Mio. € um eine „Vernebelung“ handele.

Landrat Weber bat darum, die Wortwahl etwas angemessener vorzunehmen. Im Haushaltsjahr 2012 sei eine vollständige Verlustabdeckung für das Defizit 2011 der UEK vorgenommen worden. Auch der Verlust 2012 sei nicht sofort zu 100% abgedeckt worden, sondern auch nur in der zur Kapitalerhaltung erforderlichen Höhe. 2014 sei der Restverlust 2012 und der komplette Verlust 2013 ausgeglichen worden. 2014 sei die finanzielle Situation des Landkreises jedoch auch deutlich besser gewesen. Er wolle der Klinik unter keinen Umständen Schaden zufügen. Es gehe in erster Linie um die Betrachtung eines mehrjährigen Haushaltsplanungszeitraumes. Die Thematik sei in der letzten Woche ausführlich bei der Kommunalaufsichtsbehörde vorgetragen worden. Bezüglich der Einplanung der 7 Mio. € sei keine Kritik geäußert worden.

Abgeordneter Gossel teilte mit, dass der Sachverhalt allen klar sein dürfte. Auch für ihn stelle sich die Frage, ob es Probleme gebe, wenn ein vollständiger Verlustausgleich (10 Mio. €) im Haushaltsplan 2015 eingeplant werde. Sollten keine Probleme erwartet werden, so spreche er sich für die Einplanung der vollen 10 Mio. € aus.

Abgeordnete Altmann teilte mit, dass sie der Verwaltung nichts unterstellen wolle. Sie sei dafür, den echten Sachverhalt im Haushaltsplan abzubilden, somit 10 Mio. € einzuplanen.

Abgeordneter Agena meinte, dass der Landkreis Aurich sich in eine bessere Situation wiegen würde, wenn nur ein Verlustausgleich in Höhe von 7 Mio. € eingeplant werde. Seine Fraktion fordere, dass sparsamer mit den finanziellen Mitteln umgegangen werde.

Abgeordneter Siebels erklärte, dass es doch möglich sein müsse, über den Umfang der Verlustabdeckung für die UEK im Haushaltsplan 2015 eine Einigung zu erzielen.

Abgeordnete Griesel sprach sich dafür aus, Probleme so schnell wie möglich zu lösen. Sie würde die Verlustabdeckung für 2014 vollständig im Haushaltsjahr 2015 vornehmen. Sollten im Haushaltsplan 2015 nur 7 Mio. € und im nächsten Jahr die restlichen 3 Mio. € abgedeckt werden, so seien die 3 Mio. € auch im Haushaltsplan 2016 einzuplanen. Wichtig sei, dass die 3 Mio. € in der mittelfristigen Finanzplanung ausgeglichen würden.



Auch **Landrat Weber** sagte, dass man sich auf einen Betrag verständigen müsse. Er gehe davon aus, dass sich die finanzielle Situation des Landkreises Aurich in den nächsten Jahren verbessern werde und somit der Verlustausgleich für die UEK dann auch leichter fallen werde.

Frau Saathoff fasste zusammen, dass, wenn im Haushaltsjahr 2015 der voraussichtliche Verlust 2014 in Höhe von rd. 10 Mio. € in Höhe von 7 Mio. € abgedeckt werden würde und in den Folgejahren die Verlustabdeckung jeweils bis zur Höhe eines Restbetrages in Höhe von 3 Mio. € erfolge, der Haushaltsansatz 2018 um 3 Mio. € erhöht werden müsse.

Abgeordneter Harms meinte, dass nicht der Eindruck entstehen dürfe, dass in der UEK nicht gut gewirtschaftet werde. Dieses sei nicht der Fall.

Landrat Weber informierte, dass bei der Haushaltsgenehmigung durch das Nds. Innenministerium eine mehrjährige Betrachtung vorgenommen werde. Er gehe davon aus, dass die Genehmigung erteilt werde, fraglich sei der Umfang der Auflagen.

Abgeordneter Agena sagte, dass Auflagen nicht schlecht seien.

Landrat Weber sah dieses nicht so, weil es sich um einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung des Landkreises Aurich handele.

Abgeordneter Siebels erkundigte sich, ob es keine Variante gebe, auf die man sich fraktionsübergreifend verständigen könne. Der Vorschlag der Verwaltung, die Variante der Abgeordneten Griesel und die Meinung der CDU-Fraktion würden zur Diskussion stehen.

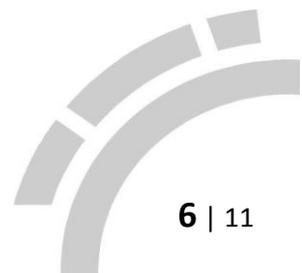
Abgeordneter Gossel sprach sich dafür aus, dass die Verwaltung alle drei Varianten zusammenstelle und dann eine Beratung in den Fraktionen erfolge.

Frau Saathoff teilte mit, dass die drei Varianten einfach zusammenzufassen seien und erläuterte das Zahlenwerk anhand der Anlage 15 (Entwicklung FAG und Kreisumlage 2013 bis 2018).

Abgeordnete Altmann sagte, dass mit dem Haushaltsplan kein Schönheitswettbewerb gewonnen werden solle. Sie plädierte dafür, die anstehenden Probleme nicht zu verschieben und den vollständigen Verlustausgleich in Höhe von 10 Mio. € im Haushaltsplan 2015 einzuplanen.

Abgeordnete Griesel erklärte, dass sie den Wunsch des Landrates und von Frau Saathoff nachvollziehen könne. Ihr seien Auflagen für den Kreishaushalt wichtig, damit endlich Haushaltskonsolidierung betrieben werde. Sie gehe nicht davon aus, dass sich die finanzielle Situation des Landkreises Aurich in den nächsten Jahren verbessern werde. Ihrer Auffassung nach, gebe es keinen Grund, zu glauben, dass sich die Einnahme- und Ausgabesituation eigenständig ändere. Zu berücksichtigen sei, dass die Anzahl der Flüchtlinge sich voraussichtlich noch erhöhen werde.

Landrat Weber informierte, dass die Abrechnung des Landes bezüglich der Asylbewerberleistungen voraussichtlich geändert werde.



Abgeordneter Siebels bat die anderen Fraktionen und Gruppen darum, auch Einsparvorschläge zu nennen. Es sei schlecht, wenn vom Nds. Innenministerium Auflagen gewünscht würden, schließlich handele es sich hierbei um einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung des Landkreises. Er gehe davon aus, dass die Pauschale für die Asylbewerber erhöht werde, die kommunalen Spitzenverbände hätten bereits entsprechende Forderungen formuliert.

Abgeordneter Dirksen erklärte, dass ein Kompromiss zur Erzielung eines mehrheitsfähigen Haushaltsbeschlusses erforderlich sei.

Abgeordnete Griesel beschwerte sich über die Aussage des Abgeordneten Siebels, dass von den Fraktionen noch keine Einsparvorschläge genannt worden sei. Als Beispiel führte sie an, dass die Einrichtung der A14-Stellen und die Kürzungen bei der Wirtschaftsförderung vorgeschlagen worden seien, die jedoch dann mehrheitlich abgelehnt worden seien.

Abgeordneter Agena sagte, dass sich seine Fraktion in jedem Jahr richtig Mühe gegeben habe, Einsparungen vorzunehmen. Die Vorschläge seien jedoch immer abgelehnt worden. Seine Fraktion habe zum Haushaltsplan 2015 noch keine Anträge vorgelegt, weil noch keine abschließende Abstimmung innerhalb der Fraktion erfolgt sei. Angedacht sei beispielsweise, den Haushaltsansatz für die Personalaufwendungen mit einem Höchstbetrag von rd. 52 Mio. € zu versehen. Durch die Einplanung von 10 Mio. € Verlustausgleich für die UEK würde außerdem ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Er erwarte von den großen Fraktionen Einsparvorschläge. Bisher würden keine Vorschläge vorliegen.

Landrat Weber führte aus, dass der Haushalt 2015 durch die Asylbewerberleistungen stark belastet sei. Dieses sei nicht absehbar gewesen. Aus diesem Grund erkläre sich der Vorschlag der Verwaltung für den teilweisen Verlustausgleich der UEK.

Abgeordneter Siebels griff den Vorschlag des Abgeordneten Gossel auf, die drei Varianten zur Beratung in die Fraktionen mitzunehmen und dann zu versuchen, eine fraktionsübergreifende Einigung zu erzielen. Er entschuldige sich, wenn er gesagt habe, dass die anderen Fraktionen keine Einsparungen vorgeschlagen hätten. Wenn wirklich gespart werden solle, müsse jede einzelne Fraktion Fakten nennen. Wichtig sei, dass die Probleme vor Ort geregelt würden und nicht durch Auflagen zur Haushaltsgenehmigung aus Hannover geklärt würden.

Abgeordneter Gossel teilte mit, dass die Fakten klar seien. Der Landkreis Aurich sei eine große Verwaltung, in der Einsparungen erforderlich seien.

Abgeordneter Roß gab zu bedenken, dass bei dem evtl. Bau des Zentralklinikums in Georgsheil die Verschuldung ansteigen würde.

Die Beratung zur Einplanung des Verlustausgleiches für das Haushaltsjahr 2014 der UEK im Haushaltsplan 2015 wird einvernehmlich zur Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Abgeordneter Siebels fasste zusammen, dass es drei Knackpunkte im Haushaltsplan 2015 gebe, bei denen eine Verständigung erforderlich sei: 1. Einplanung des Verlustausgleichs für die UEK, 2. Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Etats zur Finanzierung von Stipendien für Medizinstudenten 3. Einplanung eines Zuschusses für die Kreisvolkshochschulen Aurich und/oder Norden.



Abgeordnete Altmann informierte, dass geplant sei, von den Fraktionen einen gemeinsam formulierten Antrag zur Umstrukturierung der Kreisvolkshochschulen in der Sitzung des Kreistages einzubringen.

Sie schlug vor, für die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden jeweils 250.000 € im Haushaltsplan 2015 einzuplanen und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Auszahlung dürfe erst dann erfolgen, wenn eine inhaltliche Entscheidung über den Antrag erfolgt sei.

Abgeordneter Dirksen sah die Situation komplett anders. Die Einstellung, wenn die Kreisvolkshochschule Norden einen Zuschuss bekomme, bekomme auch die Kreisvolkshochschule Aurich einen Zuschuss, könne die CDU-Fraktion nicht teilen. Das Eigenkapital der Kreisvolkshochschule Aurich sei noch gut. Die CDU-Fraktion sei nicht bereit, 250.000 € für die Kreisvolkshochschule Aurich einzuplanen.

Abgeordneter Harms wies darauf hin, dass der gemeinsame Antrag noch nicht existiere. Aus seiner Sicht gestalte sich der Antrag schwierig, da die CDU-Fraktion laut der heutigen Pressemitteilung und der Äußerungen in der heutigen Sitzung nicht zustimmen werde.

Abgeordnete Griesel erklärte, dass sie die Meinung der CDU-Fraktion grundsätzlich mittragen könne. Sie habe jedoch Probleme mit der Begründung. Zu bedenken sei, dass die Arbeit einer Kreisvolkshochschule nicht kostenlos zu bekommen sei. Ein Defizit sollte mitgetragen werden, gegebenenfalls sollte ein Höchstbetrag festgelegt werden, bis zu dem ein Defizit ausgleich vorgenommen werde. Die Kreisvolkshochschule Aurich habe sich in den letzten Jahren bemüht, Personalaufwendungen einzusparen. Die Kreisvolkshochschule Norden habe doppelt so viel Personal und stelle auch aktuell noch neue Mitarbeiter ein. Sie habe kein Verständnis dafür, wenn mit zweierlei Maß gemessen werde.

Abgeordnete Altmann meinte, dass bei einer geplanten gemeinsamen Leitung der Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden eine Gleichbehandlung erfolgen müsse. Wenn kein Defizit ausgleich für Aurich eingeplant werde, dann sollte auch kein Zuschuss für Norden gezahlt werden. Ein Sperrvermerk sei ihrer Auffassung nach der richtige Weg, um Druck bzgl. der Umstrukturierung auszuüben.

Abgeordneter Siebels erinnerte, dass vor ein paar Minuten über Einsparungen gesprochen worden sei und jetzt über die Zahlung eines Zuschusses diskutiert werde. So einfach sei es mit den Einsparungen somit nicht. Er schlug vor, die Verhandlungen auf der Ebene der Fraktionsspitzen fortzuführen, um in der Kreistagssitzung den Haushalt beschließen zu können.

Abgeordneter Gossel sagte, dass an dieser Diskussion das grundsätzliche Dilemma Aurich und Norden erkennbar sei. Wenn sich die Kreisvolkshochschule Norden so deutlich von der Kreisvolkshochschule Aurich unterscheide, müsse genau geschaut werden.

Abgeordnete Altmann hatte den Eindruck, dass auf Zeit gespielt werde. Ihrer Meinung nach, habe die Kreisvolkshochschule Norden kein Interesse an der vorher zugesagten Umstrukturierung. Es solle versucht werden, einen einvernehmlichen Antrag zu erstellen.

Landrat Weber teilte mit, dass der Finanzausschuss nicht das richtige Gremium sei, um über die Zukunft der Kreisvolkshochschulen zu diskutieren. Die Ausführungen der Abgeordneten Altmann, dass die Kreisvolkshochschule Norden kein Interesse an einer Umstrukturierung habe, seien nicht korrekt und könne er so nicht stehen lassen.

Abgeordneter Strömer sprach sich dafür aus, entweder beiden Kreisvolkshochschulen oder keiner Kreisvolkshochschule einen Zuschuss zu zahlen. Wichtig sei, in der Sitzung des Kreistages am 18.03.2015 eine Entscheidung zu treffen.

Frau Saathoff machte deutlich, dass ohne Empfehlungsbeschluss in der heutigen Sitzung keine Einarbeitung in den Haushaltsplan erfolgen können und die Anpassung des Zahlenwerkes somit erst nach dem Kreistagsbeschluss erfolgen könne.

Abgeordneter Siebels plädierte dafür, im Sinne einer guten Zusammenarbeit in der heutigen Sitzung keine einzelnen Themenbereiche vorweg zu nehmen. Die Entscheidung solle in der Sitzung des Kreistages am 18.03.2015 erfolgen.

Abgeordneter Dirksen sah noch Beratungsbedarf in den Fraktionen zum Haushaltsplan 2015 und machte den Vorschlag, die Fragestellungen in die Fraktionen mitzunehmen, um dann eine gemeinsame Linie zu finden.

Vorsitzender Thiele meinte, man müsse auf einander zugehen.

Abgeordnete Altmann beantragte, für die Kreisvolkshochschule Aurich im Haushaltsplan 2015 einen Zuschuss in Höhe von 250.000 € einzuplanen. Außerdem solle ein Sperrvermerk eingerichtet werden. Die Auszahlung des Zuschusses solle erst dann erfolgen, wenn eine abschließende Entscheidung über den Antrag zur Umstrukturierung der Kreisvolkshochschulen getroffen worden sei.

Abgeordneter Siebels sagte, dass die inhaltlichen Aspekte des gemeinsamen Antrages bekannt seien. Er fasste zusammen, dass die CDU-Fraktion gegen die Zahlung des Zuschusses sei und die GFA/FDP-Gruppe evtl. ebenfalls nicht zustimmen werde. Dies hätte evtl. zur Folge, dass kein Mehrheitsbeschluss zustande komme.

Landrat Weber führte aus, dass die inhaltliche Absprache bekannt sei und riet dringend davon ab, den Antrag in der heutigen Sitzung aufrecht zu erhalten. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass in der heutigen Sitzung der gemeinsame Antrag gestellt werden sollte.

Abgeordnete Altmann zog den Antrag vorerst zurück.

Abgeordneter Siebels erläuterte den Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Etats zur Finanzierung von Stipendien für Medizinstudenten (Anlage 18).

Landrat Weber fügte hinzu, dass vorgesehen sei, den Fonds um 30.000 € auf dann 60.000 € zu erhöhen.

Abgeordnete Kleinert informierte, dass über die Erhöhung des Fonds im Sozialausschuss beraten worden sei. Innerhalb der Fraktionen solle noch abgestimmt werden, um welchen Betrag der Fonds erhöht werden solle.

Abgeordneter Gossel teilte mit, dass der Antrag zu unterstützen sei. Auf der anderen Seite zeige es aber, dass sich die Landkreise die Ärzte gegenseitig abkaufen würden.



Abgeordnete Griesel konnte dem Antrag inhaltlich zustimmen. Aufgrund der vorangegangenen Diskussion zu Einsparvorschlägen fragte sie nach einem Deckungsvorschlag.

Auch **Abgeordnete Altmann** fand den Antrag inhaltlich gut.

Abgeordneter Strömer war auch der Meinung, dass das Geld gut investiert sei.

Frau Saathoff erläuterte, dass der Höchstbetrag der Kassenkredite voraussichtlich bei 65 bis 70 Mio. € liegen werde. Zurzeit würden Gespräche mit dem Nds. Innenministerium geführt, inwieweit die Experimentierklausel umgesetzt werden könne. Wenn nur Liquiditätskredite für den Kernhaushalt aufgenommen würden, gehe sie davon aus, dass ein Höchstbetrag von 50 Mio. € ausreichend sei. Dieser Betrag sei dann auch genehmigungsfrei.

Frau Saathoff fragte nach, wie der Antrag der GFA/FDP-Gruppe zur Anpassung der Finanzplanung (Anlage 17) jetzt zu behandeln sei. Fraglich sei, ob eine Antragsnummer vergeben werden solle.

Abgeordnete Griesel antwortete, dass keine Antragsnummer vergeben werden müsse. Der Antrag befinde sich in der Diskussion der Fraktionen und es sei davon auszugehen, dass in diesem Zusammenhang eine Entscheidung getroffen werde.

TOP 6 **Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015**
 Vorlage: VIII/2015/034

Die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 6 erfolgte unter Tagesordnungspunkt 5 „Anträge zum Haushalt 2015“.

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beschlussempfehlung nach erneuter Beratung in den Fraktionen direkt an den Kreisausschuss / Kreistag verwiesen.

TOP 7 **Anfragen**

Abgeordneter Roß fragte nach, wie der aktuelle Sachstand zur Beseitigung der Bohrplattform Randzelgat sei.

Frau Saathoff teilte mit, dass die Beseitigung zurzeit erfolge.

Abgeordneter Roß erkundigte sich, wie sich das Aus für den Bahnanschluss der Stadt Aurich finanziell auf den Landkreis Aurich auswirke.

Frau Saathoff antwortete, dass hierfür beim Landkreis Aurich keine Ausgaben eingeplant seien. Lediglich für den Ausbau von Straßen-/Schienenkreuzungen seien 2017 Ausgaben eingeplant, die anfallen könnten.

TOP 8 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.28 Uhr.

Otto Thiele
Vorsitzender

Nicole Hanekamp
Protokollführerin

